

Zeitschrift: Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Herausgeber: Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Band: 29 (1913)

Heft: 16

Artikel: Das zürcherische Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Kranken- und Unfallversicherung

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-576609>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das zürcherische Einföhrungsgeſetz zum Bundesgeſetz über Kranken- und Unfallverſicherung.

(Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat vom 26. Juni 1913.)

A. Einführung der Krankenverſicherung.

§ 1. Die politiſchen Gemeinden ſind befugt, nach Maßgabe des Bundesgeſetzes über Kranken- und Unfallverſicherung vom 13. Juni 1911, ſowie der nachſtehenden Beſtimmungen die Krankenverſicherung einzuföhren. Sie können zu dieſem Zwecke öffenliche Krankenkaffen unter Berücksichtigung der beſtehenden Krankenkaffen gründen oder mit beſtehenden anerkannten Krankenkaffen Verträge abſchließen. Die öffenlichen Kaffen bedürfen der Anerkennung durch den Bundesrat. Benachbarte politiſche Gemeinden können ſich zu einem Verſicherungsverband vereinigen (§ 8 des Gemeindebeſetzes).

§ 2. Die politiſchen Gemeinden ſind befugt, den Beitritt zur Krankenverſicherung für alle Einwohner (vorbehalten § 4) obligatoriſch zu erklären. Sie können den obligatoriſchen Beitritt auch fordern von auswärtſ wohnenden Angeſtellten und Arbeitern in Betrieben ihres Gemeindegebietes, ſofern dieſe nicht in ihrer Wohn-gemeinde ſchon verſicherungspflichtig ſind. Gemeinden mit 2000 oder mehr Einwohnern können die Krankenverſicherung auch nur für einzelne Bevölkerungsklassen oder Berufsgruppen obligatoriſch erklären. Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern ſteht dieſe Berechtigung nur zu, wenn ſie ſich mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zur Errichtung einer gemeinſamen öffenlichen Krankenkaffe vereinen. Die vereinigten Gemeinden müſſen zuſammen mindeſtens 2000 Einwohner zählen.

§ 3. Wenn Gemeinden oder Vereinigungen ſolcher die Krankenverſicherung allgemein obligatoriſch erklären, ſo ſind ſie zur Einrichtung einer öffenlichen Krankenkaffe verpflichtet, ſofern nicht durch Vertrag den Verſicherungspflichtigen der Eintritt in eine anerkannte Krankenkaffe ermöglicht werden kann. Solche Verträge unterliegen der Genehmigung durch die Volkswirtschafts-direktion.

§ 4. Nicht verſicherungspflichtig ſind diejenigen Perſonen, deren jährliches Einkommen 3000 Fr. oder mehr beträgt. Das jährliche Einkommen aus Vermögen wird mit 4 % des letzteren angenommen.

§ 5. Wer Mitglied einer anerkannten Krankenkaffe iſt, gilt als verſichert. Wer nicht Mitglied einer ſolchen Kaffe iſt, aber nach Beſchluß der Gemeinde verſichert ſein ſoll, iſt von Rechts wegen Mitglied der öffenlichen Krankenkaffe oder derjenigen Kaffe, welcher die Gemeinde durch Vertrag die Verſicherung der obligatoriſch Verſicherten übertragen hat.

§ 6. Streitigkeiten über die Verſicherungspflicht werden erſtinstanzlich vom Statthalteramt, zweitinstanzlich von der Volkswirtschafts-direktion entſchieden.

§ 7. Die anerkannten Krankenkaffen haben ihren Mitgliedern ärztliche Behandlung und Arznei oder ein tägliches Krankengeld zu gewähren; ſie ſind auch befugt, beides und noch weitere Leiſtungen (Verpflegung in Heil-anſtalten uſw.) zu übernehmen.

§ 8. Die Gemeinden ſind ermächtigt, die Arbeitgeber zu verpflichten, für die Einzahlung der Beiträge ihrer in öffenlichen oder Vertragskrankenkaffen obligatoriſch verſicherten Arbeiter zu ſorgen; den Arbeitgebern darf jedoch die Bezahlung eigener Beiträge nicht auferlegt werden (Art. 2, lit. c des Bundesgeſetzes).

§ 9. Die öffenlichen und die Vertragskrankenkaffen dürfen obligatoriſch verſicherte Mitglieder, welche wegen

Armut ihre Beiträge nicht entrichten können, weder von der Verſicherung ausſchließen, noch in ihren geſetzlichen oder ſtatutarischen Minimalbeträgen verkürzen. Die Gemeinden ſind verpflichtet, unerhältliche Beiträge obligatoriſch verſicherter Mitglieder von öffenlichen Krankenkaffen einzuzahlen unter Vorbehalt des Rückgriffes auf die betreffenden Mitglieder.

§ 10. Alle Beſtimmungen, welche die Gemeinden in Ausführung dieſes Geſetzes erlaſſen, ſind dem Regierungsrate zur Genehmigung vorzulegen. Vorbehalten bleibt die Genehmigung des Bundesrates im Sinne des Art. 2, Abſ. 3 des Bundesgeſetzes.

§ 11. Die Krankenkaffen unterſtehen der Aufſicht der Volkswirtschafts-direktion; ſie haben ihr die Statuten zur Genehmigung einzureichen und die jährlichen Betriebsrechnungen (Art. 32 des Bundesgeſetzes) einzufenden.

§ 12. Wenn die Mitgliederzahl einer öffenlichen Krankenkaffe eine ſo geringe iſt, daß die richtige Erfüllung der Aufgaben der Kaffe gefährdet erſcheint, ſo iſt die Volkswirtschafts-direktion berechtigt, eine Vereinigung der Kaffe mit derjenigen einer Nachbargemeinde zu veranlaſſen. Iſt eine ſolche Vereinigung nicht möglich oder nicht tunlich und läßt ſich auch auf andere Weiſe eine Beſſerung der Verhältnisse nicht herbeiföhren, ſo kann der Regierungsrat auf Antrag der Volkswirtschafts-direktion die Aufhebung der Kaffe verfügen, womit auch ein von der Gemeinde beſchloſſenes Obligatorium wegfällt. Im Falle der Aufhebung hat der Regierungsrat gleichzeitig Beſchluß zu faſſen über die Verwendung noch vorhandener Mittel und über die Fortdauer der Verſicherung der biſher bei der aufgehobenen Kaffe obligatoriſch verſicherten Perſonen.

§ 13. Der Staat kann den Gemeinden an die Auslagen für dürftige, obligatoriſch verſicherte Mitglieder von Krankenkaffen Beiträge bis auf die Höhe des gemäß Art. 38 des Bundesgeſetzes ausgerichteten Bundesbeitrages gewähren.

B. Ausführungsbeſtimmungen zum Bundesgeſetz.

§ 14. Die Tarife für ärztliche Leiſtungen und für Arzneien werden durch eine vom Regierungsrat auf Antrag der Direktion des Gesundheitsweſens zu erlaſſende Tarordnung feſtgeſetzt. Die Verträge der anerkannten Krankenkaffen mit Ärzten und Apothekern oder mit Organisationen für Krankenpflege ſind der Direktion des Gesundheitsweſens zu Handen des Regierungsrates zur Genehmigung zu unterbreiten. Gegen den Entſcheid des Regierungsrates kann binnen 20 Tagen der Rekurs an den Bundesrat ergriffen werden.

§ 15. Eine regierungsrätliche Verordnung bezeichnet gemäß Art. 25 des Bundesgeſetzes die ſchiedsgerichtliche Inſtanz für Streitigkeiten zwiſchen Kaffen und Ärzten oder Apothekern und beſtimmt das Verfahren vor dieſem Schiedsgericht.

§ 16. Als Verſicherungsgericht im Sinne von Art. 120 des Bundesgeſetzes wird das Obergericht bezeichnet. Für die Tätigkeit des Verſicherungsgerichtes gelten folgende Beſtimmungen: 1. Für die Beurteilung von Streitigkeiten mit einem Streitwert über 300 Fr., ſowie für Streitigkeiten, die ihrer Natur nach einer Schätzung nicht unterliegen, wird das Gericht mit 3 Mitgliedern (Verſicherungskammer) beſetzt. Streitigkeiten mit einem Streitwert bis auf 300 Fr. beurteilt der Vorſitzende der Verſicherungskammer als Einzelrichter. 2. Für das Verfahren vor dem Verſicherungsgericht gelten die Vorſchriften für das ordentliche Prozeßverfahren mit folgenden Abweichungen: Die Klagen werden direkt beim Verſicherungsgericht durch Einreichung einer Klageschrift anhängig gemacht. Die Klageschrift iſt im Doppel einzu-

reichen und soll die Namen der Parteien, das Rechtsbegehren und eine kurze Angabe der tatsächlichen Klagegründe enthalten. 3. Das Obergericht bezeichnet die Mitglieder, welche der Versicherungskammer angehören, deren Ersatzmänner und den Präsidenten der Kammer. Es sorgt für die Bestellung der Kanzlei (Gerichtsschreiber und Kanzlisten).

C. Vollziehungs- und Strafbestimmungen.

§ 17. Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt und erläßt die hiefür erforderlichen Verordnungen.

§ 18. Zuwiderhandeln gegen das Gesetz oder die in Ausführung desselben durch den Regierungsrat getroffenen Anordnungen oder gegen Anweisungen, die von zuständigen Aufsichtsbehörden erlassen wurden, wird mit Geldbuße bis auf 100 Fr. bestraft.

§ 19. Das Gesetz tritt nach seiner Genehmigung durch den Bundesrat und nach Annahme in der Volksabstimmung in Kraft.

Das Neueste vom schweizerischen Außenhandel in Holz und Baustoffen.

Der schweizerische Export hat seit langem wieder einen Rückgang aufzuweisen. Diese Tatsache ergibt sich aus der neuesten Publikation des Zolldepartements. Einem letztjährigen Resultat von 333,44 Millionen Franken stehen nur noch 324,14 gegenüber, wogegen allerdings die Einfuhr in gewohnter Weise eine Zunahme von 473,22 auf 480,23 Millionen Franken besitzt. Dieses Resultat ist unschwer zu deuten. Der Balkankrieg konnte nicht verfehlen, auch auf den schweiz. Außenhandel einzuwirken; denn wenn auch unsere direkten Beziehungen zu den kriegführenden Staaten keine lebhaften sind, so wirkte der Krieg doch indirekt, indem z. B. der Handel Österreich-Ungarns ebenfalls schwer geschädigt wurde, und damit die Kaufkraft dieses Landes. In den die Leser des „Baublatt“ interessierenden Rohstoffen und Fabrikaten kommen diese Verhältnisse allerdings nicht zum Ausdruck.

Die gesamte Einfuhr von Holz hat entgegen der letztjährigen Tendenz rückläufige Bewegung angenommen, indem der Importwert sich von 11,50 auf 10,75 Millionen Franken reduzierte und damit in Zusammenhang steht das verringerte Einfuhrgewicht von 1,055,859 Doppelzentner, das um 45,000 q kleiner ist, als das Resultat des gleichen Zeitraumes im Vorjahr. Im ersten Quartal 1913 stieg dagegen der Export von Holz quantitativ von 162,917 auf 177,747 Doppelzentner und entsprechend dem Werte von 1,58 auf 1,82 Millionen, also um 240,000 Franken.

Die mineralischen Stoffe haben im Werte der Einfuhr um 1,7 Millionen zugenommen und stiegen damit auf eine Gesamtsumme von 29,91 Mill. Franken. Das importierte Quantum stieg von 10,014 auf 10,570 Mill. Doppelzentner, wogegen die Ausfuhr eine Gewichtszunahme von 432,043 auf 487,203 q aufweist, die eine Wertvermehrung von 2,83 auf 3,06 Mill. Fr. verursachte.

Die gesamte Eiseneinfuhr hat sich von 1,200,800 auf 1,209,646 q erhöht; trotzdem aber ist der Importwert um etwas zurückgegangen, nämlich von 27,80 auf 27,35 Mill. Fr. Es bedingt dies keineswegs eine Reduktion der Preise, sondern liegt darin begründet, daß eine teure Kategorie weniger, und eine billigere stärker importiert wurde. Wie früher ist auch diesmal wieder der Eisenerport mächtig angewachsen, indem die Gewichte einen Aufstieg von 166,768 auf 203,694 q und die

Werte einen eben solchen von 7,44 auf 8,45 Mill. Fr. aufweisen. Damit haben wir die Gesamtergebnisse der drei großen Baustoffgruppen: Holz, Mineralien und Eisen dargestellt und können noch das Wichtigste der einzelnen Positionen anführen.

Der Außenhandel in Holz. Je länger, je mehr ist die Schweiz darauf angewiesen, enorme Quantitäten von Brenn- und namentlich Nutzholz aus dem Auslande zu beziehen, da die schweizerischen Wälder mit jedem Jahre mehr die Fähigkeit verlieren, unsern unablässig zunehmenden Holzbedarf zu decken. Das Brennholz interessiert uns hier nicht, dagegen umsomehr die Nutzholzer. Rohes Laubholz hat diesmal im Handelsverkehr gewaltig zugenommen, insbesondere in der Ausfuhr. Dieselbe hob sich von 34,900 auf 53,100 q und von 298,000 auf 416,000 Fr., von dem der allergrößte Teil nach Deutschland ging. Die doppelt so große Einfuhr beläuft sich auf 111,431 q mit einem Wert von 957,000 Fr., wogegen das letzte Jahr nur einen Wert von 807,000 Fr. und ein Gewicht von 93,989 q erreichte. Auch in der Einfuhr übertrifft Deutschland angesichts der günstigeren Handelsstarife sogar das laubholzreiche Frankreich.

Rohes Nadelholz ist hinsichtlich des Einfuhrgewichtes von 287,183 auf 279,587 q zurückgegangen, und es hatte dies eine beschriebene Verringerung des Importwertes von 1,77 auf 1,73 Mill. Fr. zur Folge. Hier kommen 4/5 aller eingeführten Hölzer aus Österreich-Ungarn. Der relativ geringe Export ist kleiner geworden, denn 30,466 q stehen einem letztjährigen Ergebnis von 33,564 q gegenüber, auch der Ausfuhrwert reduzierte sich von 167,000 auf 135,000 Fr.

Der Handelsverkehr in den beschlagenen Laubbauhölzern ist nur bei der Einfuhr zu erwähnen; denn die Ziffern des Exportes sind zu gering, um erwähnt zu werden. Das Einfuhrgewicht hob sich von 8700 auf 9800 q und von 191,000 auf 215,000 Fr. Dies ist speziell dem großen Anteil der japanischen Einfuhr zuzuschreiben, die nun nicht weniger als 90% der Gesamteinfuhr von beschlagenem Bauholz ausmacht. Ein- und Ausfuhr von beschlagenen Nadelbauhölzern sind geringfügig.

Gesägte Schwellen, ebenfalls nur in der Einfuhr zu erwähnen, verzeichnen eine ganz enorme Zunahme, indem der Importwert sich unvermittelt von 49,000 auf 126,000 Fr. erhöhte, womit eine Gewichtszunahme von 7235 auf 19,001 q ungefähr parallel ging.

Laubholzbretter weisen ebenfalls eine nur ganz geringe Ausfuhr auf, die wir füglich außer Acht lassen dürfen. Umso größer sind die Ziffern der Einfuhr, die ein Importgewicht von 56,915 q aufweisen, gegen 54,107 im Vorjahr. Der allergrößte Teil dieser Bretter, rund 3/4 stammt aus Österreich-Ungarn. Der Einfuhrwert hob sich in der Berichtszeit von 965,000 auf 1,016,000 Franken. Bemerkenswert ist, daß von dem Importwert mit 1,01 Mill. nicht weniger als 750,000 Fr. allein auf eichene Bretter entfallen.

Nadelholzbretter. Dieselben dürfen wir auch im Export anführen, erreichten wir doch in der Berichtszeit ein Exportgewicht von 17,991 q gegen 15,115 im ersten Quartal des Vorjahres, wogegen sich der Wert um 22,000 Fr. erhöhte und damit die Summe von 198,000 Fr. erreichte. Über 50% unserer Ausfuhr gingen nach Frankreich, während wir den Rest zur Hauptsache an Italien lieferten. Viel größer allerdings ist der Import, hat doch sein Wert eine Höhe von 2,45 Mill. Fr., trotzdem er um nicht weniger als 1,10 Mill. hinter dem letztjährigen Resultat zurückbleibt. Damit in Zusammenhang steht der Gewichtsrückgang, der noch 213,720 q aufweist gegen 291,905 in derselben